



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, 11055 Berlin

Frau  
Lisa Badum MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Postaustausch

**Rita Schwarzelühr-Sutter**  
Parlamentarische Staatssekretärin  
Mitglied des Deutschen Bundestages

TEL +49 3018 305-2030

FAX +49 3018 305-2039

buero.schwarzeluehr@bmu.bund.de

www.bmu.bund.de

Berlin, 06.01.2020

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre Schriftlichen Fragen mit den Arbeitsnummern 12/371 und 12/372 vom 19. Dezember 2019 (Eingang im Bundeskanzleramt am 20. Dezember 2019) beantworte ich wie folgt:

Frage 12/371

*„Unterstützt die Bundesregierung die Pläne der neuen EU-Kommission zur Einführung eines Grenzausgleichssystems für ausgewählte Sektoren, um das Risiko der Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen zu mindern, für den Fall, dass weltweit weiterhin unterschiedliche Zielvorgaben gelten, während die EU ihre Klimaambitionen erhöht, und wenn ja, welches Instrument würde die Bundesregierung hierfür bevorzugen?“*

Antwort

Vor dem Hintergrund unterschiedlicher klimapolitischer Ambitionsniveaus und einer sich weltweit verschärfenden Wettbewerbssituation steht die Europäische Union vor der Herausforderung, eine Verlagerung von Treibhaus-





Seite 2

gasemissionen in Drittstaaten mit niedrigerem klimapolitischem Ambitionsniveau (Carbon Leakage) auch in Zukunft zu vermeiden. Aus Sicht der Bundesregierung stellt sich hier noch eine Reihe von Fragen, die noch nicht abschließend geprüft sind. Es ist dabei wichtig, dass die Diskussion über Instrumente zur Vermeidung von Carbon Leakage instrumentenoffen und unter Beachtung der WTO-Konformität geführt wird. Die Bundesregierung nimmt die Absicht der Kommission zur Kenntnis, ein CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystem für CO<sub>2</sub>-intensive Sektoren vorzuschlagen.

Frage 12/372

*„Teilt die Bundesregierung die Aussage von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 18.12.2019 im Deutschen Bundestag, dass, sollte die EU ihre Emissionsreduktionsziele für 2030 erhöhen, Deutschland seine Klimaschutzziele für 2030 nicht erhöhen muss, sondern stattdessen nur die anderen EU-Mitgliedstaaten die Verantwortung für eine Erhöhung des Klimaziels tragen sollen, und wenn ja, warum?“*

Antwort

Die Bundesregierung hat ihre Positionierung zur Umsetzung einer möglichen Anhebung des 2030-Klimaziels der EU noch nicht abgeschlossen. Im Übrigen wird auf die Antworten der Bundeskanzlerin in der Regierungsbefragung vom 18.12.2019 verwiesen.

Mit freundlichen Grüßen

Rita Schwarzelühr-Sutter

